

Vorbereitung auf die Veranstaltung „Ihre Bundesbank hört zu“, 13.11.2020

Ver.di-Stellungnahme zu den Fragen der Bundesbank

Oktober 2020

Was bedeutet Preisstabilität für Ihre Organisation und deren Mitglieder?

Die wichtigste volkswirtschaftliche Zielgröße ist aus gewerkschaftlicher Sicht das Beschäftigungsniveau. Preisstabilität ist aus unserer Sicht eine weitere wirtschaftliche Zielgröße. Bei Zielkonflikten hat für uns ein höheres Beschäftigungsniveau immer Vorrang. Die aktuell expansiv ausgerichtete Geldpolitik ist ein wichtiger Bestandteil der Antikrisenpolitik.

Die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus ist für uns neben der gesamtwirtschaftlichen Produktivität eine zentrale Bestimmungsgröße für die Berechnung des verteilungsneutralen Spielraums. Letzterer ist eine wichtige ökonomische Orientierungsgröße für unsere Tarifpolitik.

Aktuell bereiten uns Deflationsgefahren die größten Sorgen. Sinkende Preise würden die europäischen Volkswirtschaften in eine schwere Rezession stürzen. Deswegen sollte die EZB die Zinsen niedrig halten und ggf. ihre Aufkaufprogramme ausweiten. Inflationsgefahren gibt es nicht, solange die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind. Zudem ist die Arbeitslosigkeit in vielen europäischen Nachbarländern weiterhin hoch.

Aus Arbeitnehmersicht sind Preisveränderungen bei Grundnahrungsmitteln, Mieten und Mobilität von großer Bedeutung. Eine statistische Messung einkommensgruppenabhängiger Warenkörbe könnte die unterschiedliche Belastung verschiedener Einkommensgruppen besser sichtbar machen. Da der überwiegende Anteil der abhängig Beschäftigten zur Miete wohnt, ist eine Berücksichtigung der Kosten für selbstgenutztes Wohneigentum für die Berechnung des Verbraucherpreisindex für uns nicht von zentralem Interesse.

Welche Erwartungen und Sorgen haben Ihre Organisation und deren Mitglieder in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung?

Erfreulich ist die wirtschaftliche Erholung seit Mai dieses Jahres. Wichtig für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist aus unserer Sicht eine stabile Lohnentwicklung. Die Löhne und Gehälter sind eine zentrale Stütze des privaten Verbrauchs und somit der Binnennachfrage. Einzelne Organisationsbereiche unserer Gewerkschaft sind besonders schwer von der Pandemie betroffen. Dazu zählen u.a. die Luftfahrt, der Tourismus, der stationäre Einzelhandel oder die Kultur. Hier befürchten wir, abhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie, zahlreiche Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes hat die Arbeits- und Lebenssituation von vielen Millionen Beschäftigten nachhaltig verschlechtert. Die Tarifbindung erodiert. Nur noch jeder zweite Beschäftigte ist hierzulande durch einen Tarifvertrag geschützt. Jeder vierte Beschäftigte arbeitet in Deutschland für einen Mindestlohn. Jeder dritte Job ist ein prekärer Job (Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit, Werksverträge, etc.). Hier bedarf es einer Stärkung der Tarifbindung und einer Re-Regulierung des Arbeitsmarktes.

Die expansive Geldpolitik der EZB hat einen tieferen Einbruch des Wirtschaftswachstums und eine höhere Arbeitslosigkeit verhindert. Die Niedrigzinspolitik und die Aufkaufprogramme sind die

richtige geldpolitische Antwort auf die Krise. Was fehlt ist eine langfristig expansiv ausgerichtete Fiskalpolitik. Europa braucht jetzt eine Investitionsoffensive.

Welche anderen Themen sind Ihrer Organisation und deren Mitgliedern wichtig?

Die vorrangige Orientierung der EZB auf Preisstabilität ist aus unserer Sicht nicht hinreichend. Ein hohes Beschäftigungsniveau und qualitatives Wachstum sollten gleichberechtigte Ziele der Geldpolitik sein. Hierfür brauchen wir eine enge Koordination der Geldpolitik mit den nationalen Fiskalpolitiken. Um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen, brauchen wir einen „Green New Deal“. Der sozial-ökologische Umbau muss in erster Linie durch die nationalen Regierungen und durch Brüssel gestaltet werden. Die EZB kann und sollte ein grünes Investitionsprogramm durch eine expansive Geldpolitik unterstützen.

Wie können wir am besten mit Ihrer Organisation und deren Mitgliedern kommunizieren?

Ein regelmäßiger Dialog zwischen EZB und Bundesbank und Gewerkschaften trägt dazu bei, ein besseres gegenseitiges Verständnis für die Motive und Handlungen der jeweiligen Akteure zu entwickeln.

Hoch problematisch ist hingegen, dass die EZB gewerkschaftliche Arbeit in der EZB direkt behindert. Die EZB will das Memorandum of Understanding kündigen, welches den Status der zuständigen Gewerkschaft IPSO sichert, um so die direkte Kommunikation zwischen Gewerkschaft und ihren Mitgliedern verhindern (siehe Anlage). Dieses gewerkschaftsfeindliche Verhalten ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar.